

Die politische Meinung

Monatsschrift zu Fragen der Zeit

Die Revolution von 1989 kam nach elf Jahren auch in Jugoslawien zu einem späten Erfolg. Zu spät, um vier Kriege und eine neu-alte Unübersichtlichkeit der Verhältnisse zu verhindern. Hoffentlich öffnet dieser späte Erfolg aber endgültig die Augen dafür, dass allein über Zusammenarbeit und Integration Frieden auf dem europäischen Kontinent geschaffen und erhalten werden kann. Gerade die tragischen Ereignisse auf dem Balkan haben erneut gezeigt, dass nur eine gemeinsame europäische Politik in der Lage ist, die Gespenster und die bösen Geister der Vergangenheit zu bannen und die Vielfalt europäischer Völker und Interessen auf das Ziel menschenwürdiger Lebensverhältnisse für alle auszurichten.

Wenn für die deutsche Politik Lehren aus der jüngsten Vergangenheit zu ziehen sind, dann die, dass sie durch wirksame materielle Unterstützung und durch einen Vorschuss an Vertrauen mithelfen muss, auch den Balkan wieder an Europa heranzuführen. Dann muss sie die anstehende Erweiterung der EU zu einer vorrangigen Aufgabe machen und gleichzeitig darauf dringen, die europäische Integration zu vertiefen.

In Europa fehlen heute nicht so sehr Konzepte, es fehlt an politischer Führung. Es gibt kaum Regierungen, geschweige denn



anerkannte Spitzenpolitiker, die sich mit überzeugender Leidenschaft und nicht erlahmendem Durchsetzungswillen des Fortgangs der europäischen Einigung annehmen. Gerade wenn die Regierung dazu neigt, sich im europäischen Alltagsgeschäft zu verheddern und sich im Basar vordergründiger nationaler Interessen zu verlieren, ist die Zeit für eine klare Zielbestimmung gekommen.

Die europäische Einigung war nicht nur eine gute und erfolgreiche Antwort auf die Herausforderungen der Nachkriegszeit und des Kalten Krieges, sie ist und bleibt die Antwort auf die heutige und künftige Herausforderung einer globalisierten Welt. Die Unionsparteien sollten als

die Europapartei Deutschlands den Fortgang der europäischen Einigung zu einer Frage der Zukunftssicherung der Nation erheben und so ihre Forderung nach Bürgernähe mit einem großen Ziel verbinden. Mit einer solchen Botschaft können die Unionsparteien auch eine Regierung vorführen, die weder eindeutige europapolitische Ziele verfolgt noch das nötige Vertrauen der Partner aufzubauen vermag. So werden sie im Übrigen auch einem großen Erbe treu bleiben.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Goro'.